



## ... aber wir bleiben trotzdem weniger?

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Dass mit der Verschiebung von Personal auf dem Papier nicht wirklich mehr Leute auf die Straße kamen, überraschte sicher keinen Polizeibeamten, der um die Zahlen unserer Ruhestandsversetzungen weiß. Einen oder gar noch einen weiteren Funkwagen mehr können wir nur noch erreichen, wenn wir an der Stellschraube der Einstellungszahlen drehen. Dies weiß der Sparminister für Finanzen jedoch erfolgreich zu verhindern. Ich bin schon sehr gespannt auf den Tag, an dem der Innenminister uns gegenüber eingesteht, tatsächlich an andere Reformergebnisse geglaubt und mit einer derartigen Verschlimmbesserung nicht gerechnet zu haben. Wird auch er bald verkünden, dass wir weniger bleiben?

Zumindest trägt unser ministerielles Personalreferat dafür keinerlei Verantwortung. Es fällt demgegenüber eher auf, dass es bei der Flut an Entscheidungen im Referat 46 des hohen Hauses noch nie so wenig Pannen und Liegezeiten gegeben hat, wie unter der derzeitigen Referatsleitung. Bei allen zeitkritischen Betrachtungen sollte für ein solches Lob auch einmal Platz sein.

„Die Beamtenjacke sitzt eng, aber sie hält warm!“, ist ein Spruch, der nicht nur für das Beamtentum in Gänze zutrifft. Besonders in der Landespolizeidirektion sitzt man warm und eng. Vielleicht können uns so schon bald Einsparungen in Gestalt von nicht verbrauchten Heizkosten aufgezeigt werden? Für alle Amtswalter auf den vielen Dienstposten der LPD wäre ohne dezentrale Lösungen ohnehin kein Platz gewesen. So wird auch nicht viel Platz sein, für die hauptamtlichen Vertreter des neuen örtlichen und Bezirkspersonalrates. Vermutlich werden auch wir bald dezentral außerhalb des Haupthauses arbeiten. Erst einmal müssen wir aber gewählt werden. Maximal ein halbes Jahr nach der Gründung der Landespolizeidirektion darf der Hauptpersonalrat ersatzweise für den noch nicht bestehenden Bezirkspersonalrat Mitbestimmungsrechte ausüben. Danach wären mitbestimmungspflichtige Personalentscheidungen nicht mehr möglich.

Der in den nächsten Wochen zu wählende Bezirkspersonalrat ist in der LPD

dann für alles zuständig, was in der Polizei nicht TLKA und Fortbildung heißt. Somit findet dort der Hauptteil der personalrätlichen Arbeit des Landes statt. In diesem Bewusstsein werbe ich darum, dass ihr bitte alle wählen geht. Wenn es dem BDK bspw. wieder gelingt, 90 Prozent seiner nicht einmal 300 Mitglieder an die Wahlurnen zu bringen, dann erhält er mehr Sitze, als aus mathematischen Gesichtspunk-



Foto: LPI Gotha

ten überhaupt erreicht werden könnten. Ihr dürft deshalb nicht auf die Selbstverständlichkeit unserer zwölfmal so vielen Mitglieder bauen. Es ist wie bei anderen Wahlen auch: „Wer nicht wählen geht, stärkt Minderheiten!“

Wie schnell es dann passieren kann, mit nur zwei Sitzen der GdP die Mehrheit zu nehmen, haben die zurückliegenden Ereignisse im Hauptpersonalrat gezeigt. Dort ist es der eigentlich befreundeten Interessenvertretung sogar gelungen, mindestens vier GdP-Mandatsträger für die Wahl der BDK-Vorsitzenden in den Vorstand zu gewinnen. Diese GdP-Funktionäre haben dann ihren eigenen stellvertretenden Landesvorsitzenden nicht gewählt und sie sind somit für den Verlust einer Freistellung für die GdP verantwortlich. Viele von euch werden das gar nicht glauben, was sich hier in Thüringen in der Bundesrepublik so erstmalig ereignet hat. Auch der Landesvorstand kann es immer noch nicht fassen. Es ist erst recht nicht zu verstehen, dass der Verursacher dazu über einen Anwalt nun auch noch die Frage geklärt haben will, ob es sich um ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten handelt

oder nicht. Die Betroffenen sehen sich zudem unter dem Schutz der Geheimhaltung dessen, was im Hauptpersonalrat besprochen und beraten wird, ganz gleich, ob für ganz Thüringen offenkundig ist, was dort passiert. Egal wie dieser Rechtsstreit ausgeht, es sollte uns in dem neuen Gremium gelingen, dass so etwas erst gar nicht passiert und wir dort GdP-Politik machen können. Deshalb bitte ich euch um die Abgabe eurer GdP-Stimme für die GdP!

Bestandteil der GdP-Politik wird auch künftig sein, uns konstruktiv mit der Frage auseinanderzusetzen, wo wir tatsächlich mehr Personal für die Grundversorgung durch Polizeibeamte für den Bürger herbekommen. Dabei sind wir eben nicht die Interessenvertretung, die den Erhalt nur eines Bereiches, ohne jeden Blick auf die gesamte Polizei fordert.

Viel Prügel habe ich in Person schon für meine Forderung einstecken müssen, dass man bei den Streichkonzerten in der Polizei bitte auch das TLKA nicht vergessen möge. So war selbst dem Innenminister längst aufgefallen, dass unser Land für diese Behörde zu klein ist. Berücksichtigen muss man aber auch, dass dem TLKA in Thüringen personalintensive Serviceaufgaben für die gesamte Polizei zugewiesen sind.

Aus der GdP gab es allorts laute Kritik daran, dass sich bei allen vorausgegangenen Reformversuchen und der stetigen Reduzierung von Polizeivollzugsbeamten, das TLKA bislang nur umgekehrt proportional entwickelte. Nun arbeitet eine fast ausschließlich externe Kommission am neuen Zuschnitt der Behörde, die sich künftig wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren soll. Ein solches Vorgehen ist nicht ohne Risiko, denn die Detailkenntnis ist meist bei der Arbeitsebene. Und trotzdem bleibt die Sorge, dass man die Ergebnisse dieser externen Betrachter wieder nicht umsetzt, so wie es bereits Ende der 90er-Jahre geschah. Vom damaligen Behördenleiter wurde die Expertise so erfolgreich abgelegt, dass sie erst den neuen Reformern jüngst wieder in die Hände fiel. Ich will lieber gar nicht wissen,

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

was dem kleinen Wachtmeister passiert wäre, wenn er vergleichbar „gewissenhaft“ gearbeitet hätte. Der wird für ein paar Liter falsch getankten Kraftstoff in Regress genommen!

An dieser Stelle weise ich gern noch auf den Leserbrief zum Thema „Wessen Ermittlungsbeamte sind wir eigentlich?“ hin. Es gibt eine Vielzahl von Fällen, in denen das Maß der Beleidigungen, die unsere Kolleginnen und Kollegen zu ertragen haben, die Grenzen überschreitet. Eigentlich wird auch nur in diesen Fällen überhaupt noch das Blatt Papier „in die Schreibmaschine“ gespannt und eine Anzeige gefertigt. In der Mehrheit aller Fälle konsumieren die Beamten längst was sie hören und nehmen es mehr oder weniger gelassen hin. Dieser Tatsache sollten sich unsere Staatsanwälte nicht verschließen, wenn sie großzügig von der Einstellung solcher Strafverfahren Gebrauch machen. Bei ihnen scheint überwiegend die Auffassung zu bestehen, dass Betitelungen wie „Scheißbullen“ oder „Du Bullenfotze“ im Polizeidienst selbstverständlich und damit im Gehalt inbegriffen sind. Warum bringt die Staatsanwaltschaft im Interesse „ihrer“ Ermittlungsbeamten nur nicht genauso viel Energie ein, wie sie es bei der Verfolgung von Straftaten tut, die Polizeibeamte begangen haben sollen, selbst wenn diese nur anonym angezeigt werden?

Euer Landesvorsitzender

# GdP-App – schnell und gut

**Ab sofort ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit ihrem umfangreichen Informationsangebot auch mit einer APP im App-Store für iPhones und iPads vertreten. Aktuelle Gewerkschaftsnachrichten, die komplette Ausgabe der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI und vieles mehr ist ab sofort verfügbar. Auch für Android-Smartphones steht die GdP-App im „android market“ zum kostenlosen Download bereit.**

- Die GdP-App bietet
- die aktuellen Gewerkschaftsnachrichten der GdP aus Bund und Ländern,
  - die aktuellen Ausgaben der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI mit der Bundesausgabe und den 18 Länder- und Bezirksausgaben,
  - die GdP-Leistungen für ihre Mitglieder,
  - „Wir über uns“ – Informationen über Ansprechpartner, Gremien, Ziele und Inhalte der Gewerkschaftsarbeit und die GdP-Satzung,
  - eine Stellentauschbörse,
  - Informationen über die GdP-Personen-

gruppen Senioren, Frauen und Junge Gruppe in der GdP.

Einfach im App-Store oder „android market“ „Gewerkschaft der Polizei“ oder „GdP“ in die Suchzeile eingeben, herunterladen, fertig. Die GdP-Internet-Redaktion erreichten sehr schnell nach dem Start erste positive Bewertungen der GdP-App. App-Store-Kunde „Smokey-AV“ bescheinigt der GdP-App einen soliden Start, schnellen Zugriff und gute Übersichtlichkeit. In der App stecke aber noch Potenzial.

„RE-D“ schreibt im App-Store: „Die GdP-App ist aus meiner Sicht gut gelungen. Eine thematisch klare Gliederung mit der damit verbundenen ebenso gut strukturierten Navigation. Die Navigation ermöglicht einen schnellen Themenwechsel und bleibt jederzeit auch in den ‚Navigationstiefen‘ sehr übersichtlich. Die Lesbarkeit der Textnachrichten ist auf dem iPad hervorragend. Durch die stufenlose Skalierung im Layoutmodus ist auch die Ausgabe DP sehr gut zu lesen.“

Diese App ist ein weiterer Schritt im Medien- und Informationsmix der Gewerkschaft der Polizei mit dem Potenzial zu schnellen und umfassenden Gewerkschaftsnachrichten.

Monika Pape, Web-Redaktion

 DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

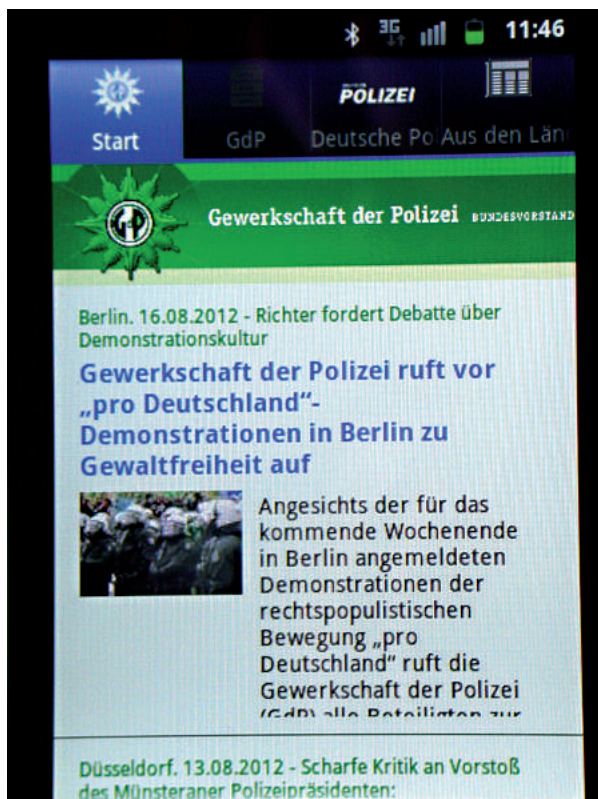
**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Die GdP-App ist klar und übersichtlich gegliedert und im Handy gut lesbar.  
Foto: Große



FORUM

**Kritik an der Staatsanwaltschaft übt eine Leserin aus Nordthüringen:**

Anlässlich der Einstellung einer Strafanzeige wegen Beleidigung zum Nachteil von zwei Polizeibeamten sah ich mich veranlasst, dem zuständigen Staatsanwalt meine Verwunderung mitzuteilen. Ich schrieb am 28. 6. 2012 folgenden Brief:

*Sehr geehrter Herr Staatsanwalt, mit Befremden musste ich feststellen, dass sie das Verfahren gegen Herrn A. wegen Beleidigung eingestellt haben. Als Grund benennen Sie, dass kein öffentliches Interesse gegeben sei. Wann bitte schön haben sie denn ein Interesse an der Strafverfolgung?*

*Da muss ich mich während des Dienstes beleidigen lassen, weil ich mich doch erdreiste eine Alkoholkontrolle durchzuführen und sie haben nicht mal dann ein Interesse an der Strafverfolgung, wenn Ihre eigenen Ermittlungsbeamten für ihre Arbeit beschimpft werden.*

*Ich würde mich nicht mal aufregen, wenn dies ein Einzelfall wäre, aber seit einigen Jahren scheint es grundsätzlich kein Interesse an der Arbeit der Polizei mehr zu geben. Kein Wunder also, wenn die Frechheiten und die Gewalt gegen Polizeibeamte immer weiter zunehmen. Da diskutiert der Gesetzgeber über härtere Strafen und es werden Völkerstämme mit statistischen Erhebungen beschäftigt, damit dann Straftaten gegen Gesetzeshüter nicht von Interesse sind?*

*Wir brauchen keine neuen Gesetze oder härtere Strafen, was wir brauchen ist die Anwendung der bereits bestehenden Strafgesetze und das Gefühl, dass zumindest die Staatsanwaltschaft Interesse an der Arbeit IHRER Ermittlungsbeamten hat.*

Diesen Brief beantwortete der zuständige Staatsanwalt am 13. 7. 2012 mit folgendem Satz:

*„Sehr geehrte Frau ..., auf Ihr Schreiben vom 28. 6. 2012 wird Ihnen mitgeteilt, dass die Einstellung des Verfahrens nach Rücksprache mit dem Polizeidirektor erfolgte.“*

Auch wenn ich zuerst über die überaus hilfreiche Antwort, dass die Einstellung durch DEN POLIZEIDIREKTOR abgesegnet war, schmunzeln musste, bin ich nun noch mehr befremdet, dass sogar meine eigenen Dienstvorgesetzten kein Interesse an meiner Arbeit haben sollen. Ich bin also immer höflich und korrekt dem Bürger gegenüber, versuche nie die Contenance zu verlieren und fleißig wie ein Bienchen zu

arbeiten, stets im Vertrauen darauf, dass dann auch der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nachkommt, aber dem ist nicht so. Offensichtlich interessiert es niemanden, wie die Beamten behandelt werden, wenn sie ordnungsgemäß ihre Arbeit verrichten.

Mir stellt sich die Frage, ob es nicht tatsächlich besser ist, auch keine Initiative mehr an den Tag zu legen, so wie es so manch ein Kollege bereits längst erfolgreich tut? (Name und Anschrift der Redaktion bekannt)

**Zur Diskussion über den Einsatz der Polizei bei Bagatellunfällen schreibt ein Leser:**

Was der Arbeitskreis der Polizeipräsidenten in Bezug auf die Verkehrsunfälle da abliefern, dass ist für mich schon ein starkes Stück. Die sogenannten Bagatellunfälle machen sicher einen großen Teil der Unfälle aus. Wenn ich die Statistik richtig lese, dann sind das etwa drei Viertel aller Unfälle. Hochgerechnet hätte die Polizei 2011 in Thüringen zu mehr als 40000 Unfällen nicht ausrücken müssen. Das wäre natürlich eine wesentliche Arbeitserleichterung gewesen. Und darum geht es wohl auch. Einem Polizeipräsidenten ist es doch normalerweise völlig egal, zu was für einen Einsatz eine Streifenbesatzung rausfährt. Wenn wir trotz Ankündigung durch die Polizeistrukturreform eben nicht mehr Polizisten auf die Straßen bringen und bisher sind tatsächlich keine angekommen, dann muss nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Da kommt so ein großer Brocken wie die Bagatellunfälle gerade recht. Auf einen Schlag wäre man einen Haufen Arbeit los und man könnte sich auf „Wichtiges“ konzentrieren.

Ich habe mal gelernt, dass jede Rechtsverletzung verfolgt werden soll. Jeder Unfall hat eine Rechtsverletzung als Ursache, sonst wäre er ja nicht passiert. Die Polizeipräsidenten halten also derartige Rechtsverletzungen nicht mehr für würdig, verfolgt zu werden. Ganz abgesehen davon, dass auch bei Bagatellunfällen die Verursacher schon gesoffen hatten oder zugekifft waren oder überhaupt keinen Führerschein hatten oder, oder, oder. Derartige Dinge als Handlungerschaft für die Versicherungswirtschaft abzuqualifizieren zeigt mir, wie die Herren Polizeipräsidenten meine Arbeit würdigen.

Die Polizeipräsidenten liefern den Finanzministern eine Steilvorlage für weitere Personaleinsparungen. Jede Aufgabe, von der sich die Polizei aus Personalnot trennt, wird auf der Grundlage unserer eigenen Statistiken sofort in Mannstunden umgerechnet und als Einsparpotenzial in die

Haushaltsverhandlungen mitgenommen. Haben das unsere hoch dotierten Polizeiführer noch nicht begriffen? Das Spiel habe ja sogar schon ich begriffen und ich bin ja „nur“ mittlerer Dienst. Also, liebe Präsidenten, sagt der Politik, wie viel Polizisten wir für unsere Arbeit brauchen und hört auf, nach immer neuen Einsparmöglichkeiten zu suchen.

Paul Fröhlich

**Zum Thema „Praxisgebühr“ erreichte uns folgende Zuschrift:**

Eigentlich soll man ja nur Statistiken trauen, die man selbst gefälscht hat, aber manchmal offenbaren sie auch Wahrheiten. Wahr ist, dass die Praxisgebühr in den zehn Jahren ihrer Existenz offensichtlich nichts gebracht hat. Das schätzt ja wohl auch das Bundesgesundheitsministerium so ein. Inzwischen sprechen sich sogar Krankenkassen für die Abschaffung aus und die Ärzte waren wegen der Bürokratie sowie schon immer dagegen.

Trotzdem wird die Krankenkassengebühr wohl doch nicht abgeschafft. Die Finanzminister sind nämlich dagegen. Und das aus gutem Grund. Um die Beamten in gleicher Weise zu belasten wie die gesetzlich Versicherten, wird denen die Praxisgebühr von ihren Beihilfeansprüchen, die sie gegenüber dem Dienstherrn haben, abgezogen. Im Gegensatz zur „richtigen“ Praxisgebühr bleibt sie aber nicht im Gesundheitssystem, sondern fließt dem Staatshaushalt zu und dient ausschließlich der Sanierung der Finanzen. Bei mehr als zwei Millionen Beamten und bis zu 120 Euro Praxisgebühr im Jahr kommt schon ein hübsches Sümmchen zusammen.

Thüringen hat da kürzlich noch einen draufgesetzt. Hier fallen nicht mehr zehn Euro im Quartal an, sondern es werden vier Euro für jede Arztrechnung einbehalten. Das ist für die Finanzminister ein lukratives Geschäft und deshalb wird die Praxisgebühr nicht abgeschafft.

Hilde Müller

Anzeige

Mein Name ist Anja Henschel und ich suche aus familiären Gründen dringend eine/-n Tauschpartner/-in für den Bundeslandwechsel von Hessen nach Thüringen! Ich bin Polizeikommissarin und zur Zeit als Sachbearbeiterin Einsatz bei der II. BPA in Lich tätig. Eine Übernahme einer Kollegin oder eines Kollegen aus dem mittleren Dienst wäre ebenfalls möglich. Ebenso kann eine Versetzung auch zu einer anderen Dienststelle erfolgen. Zu erreichen bin ich unter der Telefonnummer: 01 73 / 6 68 32 34 und per E-Mail: [gir129@icqmail.com](mailto:gir129@icqmail.com) oder [Anja.Henschel@polizei.hessen.de](mailto:Anja.Henschel@polizei.hessen.de).



## Eigene Kreisgruppe LPD und TIM gegründet

**Nachdem am 2. 7. 2012 die Landespolizeidirektion (LPD) durch die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht feierlich eröffnet wurde, gab es die ersten Kollegen, welche unter dem Namen LPD ihren Dienst in der Landespolizeidirektion aufnahmen. Der Landesvorstand hatte bereits weit im Vorfeld des Jahres 2012 den Beschluss gefasst, dass für die beiden Führungsdienststellen eine gemeinsame Kreisgruppe gegründet werden soll.**

Am 23. 7. 2012 war es dann soweit und die Gründungsveranstaltung fand in einem gemütlichen Lokal in der Innenstadt von Erfurt statt. Der Landesvorsitzende ließ es sich trotz seines Urlaubes nicht nehmen, um der Gründungsveranstaltung den richtigen Weg zu weisen. So erklärte er kurz die Entstehungsgeschichte, begrüßte die Gäste und freute sich, dass ca. 30 Personen den Weg zur Gründungsveranstaltung gefunden hatten. Dass manche interessierte Kolleginnen und Kollegen nicht teilnehmen konnten, war vor allem der Urlaubs- und Ferienzeit sowie die arbeitsreichen Ereignisse, welche der Polizei und damit den Führungsdienststellen wenig Zeit ließen, geschuldet. Die Erfahrungen der älteren Mitglieder nahmen wir auch mit ins Boot. Der Vorsitzende der Seniorengruppe, Dieter Johannes, hatte sich bereiterklärt, die Versammlungsleitung zu übernehmen.

Jens Kehr, als amtierender Leiter der LPD, stellte in seinen Worten für die Teilnehmer den aktuellen Sachstand und den Stellenwert der LPD dar. Er zeigte die nächsten Ziele der LPD auf und verband seine Grußworte mit der Hoffnung auf gute Zusammenarbeit zwischen Kreisgruppe und Dienststellenleitung. Aus dem Thüringer Innenministerium legte Abteilungskordinator Dirk Lötner die wesentlichen Ziele des TIM dar. So konnten die Anwesenden einen guten Überblick über die derzeitige Arbeit der beiden Führungsdienststellen gewinnen.

Damit die Kreisgruppe auch funktionsfähig sein kann, wurde ein Vorstand benötigt. In den anschließend durchgeführten Wahlen, welche teilweise mit nur

sehr knappen Mehrheiten entschieden wurden, wählten die Mitglieder Wolfgang Gäbler aus der LPD zum Vorsitzenden. Als Stellvertreter stehen ihm Hartmut Schaller vom TIM und Nicole Aufenberg als temporär dezentrale Bedienstete in Nordthüringen zur Verfügung. Die Wahl zur KassiererIn fiel auf Monika Pape und als Stellvertreter wurde Dirk Sauter gewählt. Doris Jahn wählten die Mitglieder zur Schriftführerin und Vertreter ist Michael Hawel.

Mit viel Zuversicht, das Richtige zur richtigen Zeit umzusetzen, wurden die neu gewählten Mitglieder vom Landesvorsitzenden beglückwünscht. Im Anschluss wurde bei leckerem Kaffee und Kuchen die Liste für den örtlichen Personalrat auf den Weg gebracht, das Neueste vom Landesvorsitzenden aus dem Land berichtet und das Schlusswort des neuen Vorsitzenden der LPD zur Kenntnis genommen.

Für den neu gewählten Vorstand steht nun viel Arbeit an. Neben der Informati-

on der Mitglieder werden die Mitglieder des TIM vom TLKA in die neue Kreisgruppe LPD/TIM wechseln. Alle in der neuen LPD tätigen bzw. dorthin versetzten Bediensteten werden in die neue Kreisgruppe integriert, es sei denn, sie wollen bei ihrer alten Kreisgruppe bleiben. Sollte es von anderen Mitgliedern Wünsche oder Eintrittsgesuche für die neue Kreisgruppe geben, werden diese im Sinne des Mitgliedes wohlwollend geprüft.

Der neue Kreisgruppenvorstand will alle Bemühungen unterstützen, um die LPD schnell arbeitsfähig zu machen. In der Hoffnung, eine gute und wirkungsvolle Rolle spielen zu können, gehen die Mitglieder der neu gegründeten Kreisgruppe LPD/TIM mit viel Zuversicht in die folgenden Aufgaben. Der Vorstand hofft, dass er von allen Mitgliedern tatkräftig unterstützt wird. „Wir bauen auf euch und eure Informationen und Hinweise“, so der Vorsitzende zum Abschluss der Veranstaltung.



Der neue Vorstand mit Gästen

Foto: GS



# Auf die Höhe und in den Bunker gegangen

**Jena (kh). Kürzlich führte die Kreisgruppe Jena ihre diesjährige Vertrauensleuteschulung durch. Dazu hatten sich die Gewerkschafter nach Frauenwald begeben. Im Rahmen der Veranstalter besuchten die Teilnehmer den ehemaligen Bunker der Bezirkseinsatzleitung Suhl.**

Schon zum zehnten Mal hatte der Landesvorstand den Kreisgruppenvorstand und die Vertrauensleute der Dienststelle zu einer zweitägigen Klausurtagung eingeladen. Veranstaltungsort war diesmal das Seminarhotel Göbel & Loos in Frauenwald. Die äußeren Bedingungen dort sind sehr gut. Frauenwald ist an sich eher ruhig, die Zimmer waren in Ordnung, die Verpflegung gut und der Seminarraum bot gute Arbeitsmöglichkeiten.

Eines der Hauptthemen war die Polizeistrukturreform. Die Kreisgruppenvorsitzende Kerstin Henniger und der stellv. Landesvorsitzende Edgar Große informierten über den Stand der Reform und die weitere Verfahrensweise. Die Teilnehmer unterrichteten sich gegenseitig über die konkreten Auswirkungen der Reform auf ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich. Das Spektrum reicht dabei von „bin direkt gar nicht betroffen“ bis „meine Arbeit fällt in Jena künftig weg“. Damit verbunden ist natürlich auch eine gewisse Unsicherheit über die weitere berufliche Entwicklung, auch wenn jeder weiß, dass es durch die Reform keine Kündigungen geben wird.

Werner Bloch informierte als amtierender Stellvertreter der VPI Jena über die zukünftige Autobahnpolizeiinspektion (API), die ihren Sitz am Hermsdorfer Kreuz haben wird und für die die VPI Jena auch einen großen Teil des Personals stellen wird. Daraus ergab sich dann auch die Frage, wie die Mitarbeiter der API künftig gewerkschaftlich vertreten werden sollen. Die API ist den Landespolizeiinspektionen gleichgestellt und könnte eine eigene Kreisgruppe bekommen. Die Mitarbeiter sind aber auf vier Standorte verteilt, die über ganz Thüringen verstreut sind. Eine gewerkschaftliche Vertretung der Kolleginnen und Kollegen von Hermsdorf aus in Nord-

hausen oder Suhl erscheint zumindest nicht einfach. Deshalb haben sich die Gewerkschaftsmitglieder an allen vier Standorten zunächst dafür ausgesprochen, in ihren bisherigen Kreisgruppen verbleiben zu wollen. Der Landesvorstand hat dieses Vorgehen inzwischen bestätigt.

Wichtiger Teil der Klausurtagung war auch in diesem Jahr wieder das Gespräch mit dem Behördenleiter. Heiko Schmidt informierte die Teilnehmer über die Arbeit der PD/LPI und diskutierte mit ihnen beiderseitig interessierende Fragen. PSR nahm auch in dieser Diskussion breiten Raum ein. Der Behördenleiter riet in diesem Zusammenhang zu mehr Gelassenheit. Die konkreten Auswirkungen der Reform würden erst im Verlaufe des Jahres und bei der Organisation der Arbeit der einzelnen Dienststellen zutage treten. Jeder Beschäftigte habe die Sicherheit, dass sein Beschäftigungsverhältnis fortbestehe. Es gebe außerdem die Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat, welche die sozialen Belange der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt. Mit gutem Willen von beiden Seiten ließen sich dann auch für alle Detailprobleme Lösungen finden. Er sicherte seinerseits diesen guten Willen zu und auch die Gewerkschafter bekannten sich dazu.

Im Rahmen der Klausurtagung wurde dann eine Wanderung zum nahegelegenen Bunkermuseum unternommen. Bei dem Objekt in Frauenwald handelt es sich um einen Führungsbunker. Im Ernst- bzw. Kriegsfall sollte er der Bezirkseinsatzleitung Suhl zur Gewährleistung ihrer Führungsaufgaben dienen. Ein Schutz gegen jegliche Art von militärischen und kriegerischen Handlungen erschien der Führung der DDR daher unerlässlich. In der Zeit des kalten Krieges erbaut und durch das Ministerium für Staatssicherheit verwaltet und betrieben, verfügte der Bunker über modernste Nachrichtentechnik, eigene Stromversorgung (NEA), Telefonzentrale, Fernschreiber, mobile Funktechnik und eine abgesetzte Sendestelle. Die Anlage liegt mitten im Wald und war als Anlage der Wasserwirtschaft getarnt. Es ist interessant und erschreckend zugleich, zu sehen, wie 50 und mehr Menschen in dem engen Bunker Zeiträume bis zu einem Jahr überleben wollten. Obwohl man staunt, an was dort alles gedacht wurde, man mag sich dieses Szenario doch lieber nicht vorstellen. An einem solchen Ort bekommt man ein Gefühl dafür, welches Glück die deutsche Einheit und die politischen Veränderungen in Europa waren.



Im Bunker

Foto: Große

# Neue Einsatzbekleidung für den PÄD

**Die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der notfall- und rettungsmedizinischen Betreuung der Thüringer Polizei durch den Polizeiärztlichen Dienst (PÄD) entspricht einem Standard, der sich an den Normen des öffentlichen Rettungsdienstes orientiert.**

So verfügt die Thüringer Polizei im PÄD über vier Notärzte, davon drei mit der Qualifikation als Leitender Notarzt, drei Rettungsassistenten, vier Rettungsassistenten und weiteres medizinisches Fachpersonal.

Nun war es an der Zeit, auch die Entwicklung der letzten Jahre in Bezug auf die Einsatzbekleidung für die Einsatzkräfte des PÄD umzusetzen. Nach mehrjährigen Tests und Trageversuchen mit Bekleidungsstücken renommierter Hersteller, hat der PÄD Thüringen im Jahr 2011 die Weichen für die Beschaffung einheitlicher Einsatzbekleidung für die Notärzte und das Sanitätspersonal gestellt. Durch Vertreter aller Arbeitsbereiche des PÄD (Leiter PÄD, Ärzte, Sanitätspersonal und Verwaltung) wurde letztlich eine gemeinsame Entscheidung zur Beschaffenheit der Einsatzbekleidung getroffen. Nach Zustimmung des Thüringer Innenministeriums und Aufnahme der Sonderbekleidung in die Dienstbekleidungsvorschrift wurde im Jahr 2012 mit der Beschaffung begonnen.

Größtes Problem für die Leitung des PÄD und die Verwaltung bestand darin, die Forderungen der gültigen Unfallverhütungsvorschriften/EU-Normen mit den zusätzlichen Anforderungen an Ma-

terialbeschaffenheit und Haltbarkeit des Polizeidienstes sinnvoll zu kombinieren. Ziel sollte es sein, die Vorgaben der Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten und gleichzeitig die bestmögliche Sicherheit der Einsatzkräfte in allen Einsatzlagen, in Anlehnung an die Einsatzbekleidung der Polizeivollzugsbeamten, zu gewährleisten. Weiterhin sollten Trageigenschaften und Erkennbarkeit der Rettungskräfte bei Tag und in der Dunkelheit spürbar verbessert werden.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile wurde sich für eine Rettungsdienstjacke und Weste der Firma Güstrower Konfektions-GmbH entschieden, die bereit war, ihre im Sortiment befindliche Rettungsdienstjacke an die Forderungen des PÄD anzupassen. Die Jacken und Westen in Signalrot mit navyblauem Schulterteil und Reflexstreifen sind so gestaltet, dass in den Taschen Funktechnik, Schreibzeug und alle erforderlichen Kleingeräte der Notärzte und Sanitäter sicher verstaut werden können. Die Jacken wurden zusätzlich mit senkrechten seitlichen Reißverschlüssen versehen, um den Polizeivollzugsbeamten den Zugang zur Dienstwaffe zu erleichtern. Neben dem Namensschild und dem Verbandsabzeichen an der Vorderseite sind ein Ärmelwappen und auf dem Rücken die Funktionsbezeichnung angebracht.

Bei den Rettungsdienstwesten wurde sich für die Übernahme der Polizei-einsatzhose entschieden. Damit sind für alle Notärzte und Sanitätsbeamten die gleichen Sicherheitsstandards im Einsatz gewährleistet wie für alle anderen Thüringer Polizeibeamten. Um den Anforderungen der Unfallverhütungsvorschriften (Erkennbarkeit in der Nacht im Straßenverkehr) zu entsprechen, mussten die Einsatzhosen mit zwei umlaufenden Reflexstreifen an den Beinen nachgerüstet werden.

Eine zusätzliche Forderung der Einsatzkräfte und des eigenen Personals bestand darin, die Erkennbarkeit der Sanitätsbeamten/-Notärzte auch oh-



Die Weste des Kommunikationsteams

ne Einsatzjacke oder Einsatzweste (z. B. in Unterkünften oder bei Sportveranstaltungen in der Halle) zu gewährleisten. Hierzu konnte ein Kompromiss aus Funktionalität und Zweckmäßigkeit gefunden werden. Die in der Ausstattung vorgesehenen blauen Polo-/T-Shirts und Sweatshirts wurden auf dem Rücken mit dem Logo des PÄD und der Funktionsbezeichnung bedruckt. Komplettiert wird die Einsatzbekleidung noch durch die nach den Unfallverhütungsvorschriften geforderten Einsatzstiefel mit Stahlkappe und entsprechender Thermounterwäsche.

Eine ähnliche bedarfsorientierte Ausstattung mit Einsatzjacke und -hose sowie Einsatzstiefeln stehen den Beamten des Bereiches Polizeipsychologie zur Verfügung. Diese sind jedoch einheitlich in blauer Grundfarbe mit dunklem Schulterteil ausgeführt. Auf die Reflexstreifen wurde mangels entsprechender Gefährdung verzichtet. Lediglich das Funktions-schild auf dem Rücken ist reflektierend.

Für Demolagen oder Großveranstaltungen verfügt der Bereich weiterhin über eine blaue Einsatzweste mit der Aufschrift „Polizei“ und „Kommunikationsteam“. Auch diese Westen haben schon in der Einsatzerprobung ihren Nutzeffekt unter Beweis gestellt, indem eine schnelle Erkennbarkeit und Zuordnung der Funktion gegeben sind.

Für den verdeckten Einsatz in Zivil, z. B. bei der Unterstützung der Spezialeinheiten des Thüringer Landeskriminal-



Die neue Dienstbekleidung der Mitarbeiter

Fotos: Autor



BESCHAFFUNG

amtes, wurden neben einer neutralen Funktionsjacke und einem Pullover eine Fleecejacke in den Bestand aufgenommen. Für den Sprechstundendienst steht Hygienebekleidung in Form von Polo-/T-Shirts, Kasacks, Hosen und Hygiene-schuhe in Weiß zur Verfügung.

Den Einsatzkräften mit Ausbildung für die Rettung aus der Höhe, dem unwegsamen Gelände im Zusammenwir-

ken mit der Polizeihubschrauberstaffel wird noch weitere Sonderbekleidung zur Verfügung gestellt, die auf die Besonderheiten der Höhenrettung abgestimmt sind. Hier seien beispielhaft der Einsatzoverall anstelle des zweiteiligen Einsatzanzuges, Kletter-/Abseilhandschuhe und der Schutzhelm mit Brille genannt.

Durch die Neueinkleidung wurden im PÄD gute Bedingungen geschaffen, um

die Durchführung der medizinischen Einsatzabsicherung unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten und bei optimaler Erkennbarkeit der Einsatzkräfte ein einheitliches Auftreten des PÄD Thüringen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang möchte sich die Leitung des PÄD bei allen Mitwirkenden für ihre Arbeit und das Engagement bedanken.

Lutz Wegfraß

SENIORENJOURNAL

Gesundheit im Seniorenalter

**Saalfeld (sw). Zu diesem Thema konnte die Seniorengruppe Renate Arsand vom Arbeiter-Samariter-Bund aus Gera begrüßen. In ihren Ausführungen, die durch entsprechendes Bildmaterial unterlegt wurden, verwies sie auf die Veränderungen der menschlichen Organe im Alter.**

Durch die altersbedingten Vorgänge im Blutkreislauf, die veränderten Umweltbedingungen und sich zwangsläufig ergebende andere Verhaltensweisen des menschlichen Körpers im Alter, werden höhere Ansprüche unter anderem an Herz und Gehirn des Menschen gestellt. Schädigungen am Herzen und im Gehirn treten deshalb verstärkt in Form des

Herzinfarktes und des Schlaganfalles auf, so die Referentin.

Dabei ist es nach ihren Worten bei Weitem nicht mehr so, dass nach solchen gesundheitlichen Einschnitten immer der Tod oder zumindest erhebliche gesundheitliche Schäden die Folge sein müssen. Wer in der Lage ist, die Erscheinungsformen des Herzinfarktes oder Schlaganfalles rechtzeitig zu erkennen und schnell handelt, dass heißt den Notarzt anfordert, kann in den meisten Fällen größeren Schaden verhindern.

In den Ausführungen wurde auf einige dieser vorausgehenden Erscheinungsformen wie Herzschmerzen, plötzliche unerklärliche Hitzewallungen, Lähmungsercheinungen oder Sprachstörungen verwiesen. Dabei muss aber nicht jede dieser Befindlichkeiten gleich Herzinfarkt oder

Schlaganfall bedeuten, die Anforderung des Notarztes über den Notruf 112 ist in solchen Fällen aber immer begründet.

Im Weiteren wurde durch die Referentin auf die Notwendigkeit der Kenntnisse in der Ersten Hilfe verwiesen. Jeder Führerscheininhaber hat einstmals den Kurs in der Ersten Hilfe absolviert, aber lang lang ist's her. Wenn man davon ausgeht, dass es im Jahr etwa 8 Mill. Unfallverletzte gibt und davon der größte Anteil auf Unfälle im Haushalt oder besser gesagt auf Tätigkeiten im Haushalt zurückgeführt werden, wird deutlich, wie wichtig die Kenntnisse in der Ersten Hilfe auch im Seniorenalter sind. Deshalb wird sich einer der nächsten Stammtische genau mit diesem Thema befassen. Der Seniorenvorstand dankt Renate Arsand für ihre Bereitschaft, zu diesen wichtigen Themen in der Saalfelder Seniorengruppe aufzutreten.



Impressionen vom Stammtisch

Fotos: Blumenstein

TAUSCHGESUCH

PK'in, zzt. Sachbearbeiterin Einsatz in der II. BPA Lich, sucht auf persönlichen Gründen Tauschpartner in Thüringen. Tausch ist auch gegen einen Beamten im m. D. oder zu einer anderen Dst. möglich.

Interessenten melden sich bitte bei Anja Henschel, Tel.: 0 17 36 68 32 34.

Anzeige

**TAUSCHPARTNER GESUCHT.** Ich bin Angehöriger der Bayerischen Landespolizei und verrichte meinen Dienst in der Dienstgruppe der PI Erlangen-Stadt (Raum Nürnberg/Erlangen/Fürth). Ich suche einen Tauschpartner aus Thüringen zum nächstmöglichen Termin. Tausch nach ganz Bayern möglich. Bei Interesse oder Fragen einfach melden: [thomas.eichhorn@polizei.bayern.de](mailto:thomas.eichhorn@polizei.bayern.de) oder 01 76/22 98 55 96





# Auskunftssysteme in ...

## ... Sachsen-Anhalt

Neben den Fahndungsblättern und Intra- und Extranet stehen in Sachsen-Anhalt zwei große Auskunftssysteme zur Verfügung.

Als erstes gibt es ILSA (INPOL Land Sachsen-Anhalt). Es erlaubt den Zugriff auf die Personen- und Sachfahndung sowie auf Informationen zu Haftdaten, Kriminalakten, Personenbeschreibungen und ED-Maßnahmen.

Wie es der Name bereits sagt, werden Anfragen automatisch an die INPOL-Datenbanken des Bundes weitergeleitet und bei einer Abfrage nach einer Sache erfolgt automatisch auch ein Suchlauf im SIS.

Außerdem kann man die Abfragen kombinieren und erweitern und eine ZEVIS-Anbindung ist ebenfalls vorhanden.

Das zweite Auskunftssystem ist WAR-SA (Weborientiertes Auskunfts- und Recherchesystem Sachsen-Anhalt).

Um dem Anwender polizeilich relevante Informationen leicht zu erschließen, stehen hier viele Auskunftsvarianten und Abfragemöglichkeiten zur Verfügung.

Dem Anwender stehen ein Vielzahl von standardisierten Abfragen wie Personen, Vorgänge, Delikte, Institutionen, Fahrzeuge, Sachen, Objekte, Telefon/E-Mail, Dokumente, Spuren, Modus Operandi, Bankverbindungen, Vorgangsbestände, komplexe Abfrage, Journaldaten, Fristen zur Löschung von Vorgängen zur Verfügung.

Er kann auch eine personenorientierte Recherche starten, wobei in allen im Land benutzten Personendatenbeständen gesucht wird.

Außerdem hat der Anwender noch die Möglichkeit, eine Freitextrecherche im VARIS- und Journal-Datenbestand durchzuführen und die Abfrage mit logischen Operatoren zu kombinieren.

Weiterhin gibt es noch spezielle Auskunftssysteme wie JTV (Jugendliche Tatverdächtige), PLS (Polizeiliche Lagestatistik) und PUS (Polizeiliche Unfallstatistik).

*Jens Hüttich*

## ... Thüringen

Die Polizei verfügt über eine Vielzahl von Informationen und ständig kommen neue hinzu. Informationen ergeben sich dabei aus der Prävention, der Strafverfolgung und bei der Gefahrenabwehr. Dabei geht es nicht nur darum, die Informationen in das System hineinzubekommen, sondern auch wieder heraus. Erst die Auswertung der Informationen ermöglicht es, die polizeiliche Lage darzustellen, Zusammenhänge zu erkennen und die polizeiliche Arbeit auf Schwerpunkte ausrichten zu können.

Je nach Arbeitsbereich und Verantwortung ergibt sich dabei ein unterschiedliches Informationsbedürfnis. Während der Sachbearbeiter in erster Linie Informationen zu den Vorgängen benötigt, die er gerade bearbeitet, braucht der Beamte im Einsatz- und Streifen dienst in erster Linie Lageinformationen, die für seinen Streifendienst relevant sein könnten und Informationen über aktuelle Fahndungen. Während seines Dienstes muss er ständig prüfen, ob sein polizeiliches Gegenüber für andere polizeiliche Ermittlungen interessant ist. Vorgesetzte brauchen Informationen für die Arbeit ihres Dienstbereiches, um entsprechende Führungsentscheidungen daraus abzuleiten. Dazu kommen noch Informationen, die erforderlich sind, um die polizeiliche Lage nach Schwerpunkten darstellen zu können. Für die Vorbereitung und Durchführung polizeilicher Einsätze müssen ebenfalls Informationen bereitgestellt werden, um den Umfang polizeilicher Maßnahmen und den erforderlichen Kräfteinsatz abschätzen zu können.

Polizeiliche Auskunftssysteme müssen alle diese Anforderungen erfüllen. Dies ist bisher nur über verschiedene Anwendungen wie z. B. IGWEB als allgemeines Auskunftssystem oder EUSKA als Auskunftssystem für Verkehrsunfälle möglich.

Die zukünftige Herausforderung liegt darin, Auskunftssysteme bundesweit einheitlich zu gestalten und eine qualifizierte Analyse der Informationen zu betreiben.

*Edgar Große*

## ... Sachsen

Die Auskunftssysteme sind ein bedeutendes Handwerkszeug erfolgreicher Polizeiarbeit. Im letzten Heft wurden in dieser Rubrik bereits die Integrierte Vorgangsbearbeitung, das Polizeiliche Auskunftssystem und die Länderverbunddatei INPOL behandelt. Der Vergleich von Straftaten und die Zuordnung von Straftaten zu Straftätern ist ein unverzichtbares Werkzeug bei der Ermittlungsarbeit der Polizei. Außerdem trifft für alle diese Systeme zu, dass sie nicht nur hochsensible Daten enthalten, sondern auch mit speziellen Softwaresystemen betrieben werden. Dies alles erfordert polizeispezifischen Fach- und Sachverstand, sowohl bei der Bedienung, wie auch im Betrieb und im Support.

Mit der Ausgliederung der Polizei-IT (Verfahrensbetreuung, Entwicklung, Betrieb) im Jahre 2008 an den neuen Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) sind genau diese Spezialisten aus der Polizei zum neuen Dienstleister abgeordnet worden. Damit erfolgte eine weitgehende Abkopplung von der polizeilichen Praxis. Diese fachliche Entfremdung hat sich weiter verstärkt, als der SID und damit die IT der Polizei dem Sächsischen Staatsministerium für Justiz und Europa zugeordnet wurde. Seit November 2009 sichern, pflegen, warten und betreiben sächsische Polizeibeamte unter dem Dach der Justiz die Auskunftssysteme der sächsischen Polizei. Diese Konstellation dürfte einmalig in der Bundesrepublik Deutschland sein. Sollte der Abordnung auch noch die Versetzung folgen, dann ist die IT der sächsischen Polizei komplett von der Polizei losgelöst. Dann stellt sich die Frage, wer den teuer auf dem freien Markt eingekauften IT-Spezialisten erklärt, was die Polizei an Handwerkszeug braucht und wie und warum ein Auskunftssystem für die Polizeiarbeit nur so und nicht anders sinnvoll ist? Deshalb fordert die GdP Sachsen seit Jahren: „IT für die Polizei gehört in die Polizei!“

*Jürgen Scherf*

